

untrennbar mit dem Kampf verbunden, die Imperialisten zur friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu zwingen.“ Im Friedensprogramm des XXIV. Parteitages der KPdSU und im Friedenskonzept des VIII. Parteitages der SED ist demnach eine Anwendung der Leninischen Grundprinzipien auf die heutige internationale Lage zu sehen. Gegen den Widerstand der entspannungsfeindlichen imperialistischen Kräfte wird dieses Programm Schritt für Schritt in die Tat umgesetzt.

Unser Klasseninteresse auf außenpolitischem Gebiet besteht darin, einen thermonuklearen Weltkrieg zu verhindern, den Weltfrieden zu sichern, den Spielraum imperialistischer Aggressionspolitik einzuzengen und damit den Imperialismus zur friedlichen Koexistenz zu zwingen; all das vor dem Hintergrund, daß dem sozialistischen und kommunistischen Aufbau sowie dem weiteren Vormarsch aller revolutionären Kräfte günstigste Bedingungen geschaffen werden müssen.

Unsere Friedensstrategie war bisher erfolgreich. Nicht von ungefähr sprechen wir davon, daß die Sowjetunion, die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft wie auch die gesamte kommunistische Weltbewegung mit der zweiten Hälfte der 60er Jahre in eine neue Phase eingetreten sind. Die qualitativen Veränderungen zeigen sich darin, daß der Sozialismus in wachsendem Maße in der Lage ist, den Platz in der Auseinandersetzung der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme zu bestimmen. Das gilt in gleicher Weise für die Mittel und Methoden, mit denen die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus geführt wird.

Die Initiative liegt bei uns; sie wird aus dem Marxismus-Leninismus als der einzigen wissenschaftlichen Weltanschauung bezogen. Diese geistige Überlegenheit, gepaart mit einem stetig wachsenden Wirtschaftspotential- des staatsgewordenen Sozialismus, bewirkte, daß die aktive Friedenspolitik der Sowjetunion und der sozialistischen Staatengemeinschaft einen immer größeren Einfluß auf die Gestaltung der internationalen Politik ausübten.

Das ist in vielfältiger Weise zu belegen: Erstmals in der Geschichte ist ein Präsident der USA an den Verhandlungstisch des mächtigsten sozialistischen Staates gekommen. Zweifellos ist das Ausdruck der ökonomischen, politischen und militärischen Stärke der Sowjetunion. Zwischen beiden Mächten bestehen unüberbrückbare Gegensätze in der Gesellschaftsordnung, unveröhnliche Gegensätze in der Ideologie und unter-

schiedliche Haltungen zu wichtigen weltpolitischen Fragen. Dennoch mußte USA-Präsident Nixon die Prinzipien der friedlichen Koexistenz anerkennen. Ein spätes Eingeständnis, daß die bisherige imperialistische Politik gescheitert ist, die auf die Beseitigung des Sozialismus zielte.

Sozialistische Staatengemeinschaft in der Offensive

Mit ihrer abgestimmten Außenpolitik hat die sozialistische Staatengemeinschaft gegen den anhaltenden Widerstand der revanchistischen Kräfte des Imperialismus die Unterzeichnung und die Ratifizierung der Verträge zwischen der UdSSR und der BRD und der VR Polen und der BRD durchgesetzt. Damit im Zusammenhang haben das Viermächteabkommen über Westberlin, der Verkehrsvertrag zwischen den Regierungen der DDR und der BRD die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung in Europa völkerrechtlich verankert. Völkerrechtswirksam bestätigen sie die Endgültigkeit der in Europa existierenden Grenzen und machen den Verzicht auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt bei der Regelung strittiger Fragen zum grundlegenden Prinzip der Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten.

Kann daraus aber geschlossen werden, der Imperialismus habe sich geändert? Unsere Erfahrungen besagen, daß das aggressive Wesen des Imperialismus und seiner Politik bestehen bleibt, daß von diesem System immer wieder Gefahren für den Weltfrieden ausgehen. Darum schränken die Völker der sozialistischen Länder ihre Wachsamkeit gegenüber dem Imperialismus nicht ein, sondern verstärken ihre Anstrengungen beim Ausbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Der Erste Sekretär des ZK der SED, Genosse Erich Honecker, stellte in seinem Interview mit dem Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst fest: „Die Politik der friedlichen Koexistenz hebt bekanntlich die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen Sozialismus und Kapitalismus nicht auf. Zwischen Sozialismus und Kapitalismus kann es keinerlei Miischmasch, keine ideologische Koexistenz geben. Unsere Politik ist vielmehr darauf gerichtet, daß die unüberbrückbaren Gegensätze der Gesellschaftsordnungen nicht zu kriegerischen Konflikten führen. Wir sind für eine Zusammenarbeit zwischen Staaten unterschiedlicher sozialer Ordnungen auf solchen Gebieten, wo es möglich ist. Jeder kann erkennen, daß die wachsenden Tendenzen der Entspannung verbunden sind mit verschärf-